



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# **Minden-Ravensberg unter der Herrschaft der Hohenzollern**

**Tümpel, Hermann**

**Bielefeld, 1909**

Justiz und lokale Verwaltung.

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-82523](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-82523)

die Streitigkeiten dauerten fort, und 1725 erklärte der König: Merode und pſot ſoll caſſieret ſein, ſonſt kome ich nit heraußen, da pſot ein Narr, da Merode auch ein Narr und mein Dienſt negligiert wirdt. Merode wurde verſetzt, an ſeine Stelle trat Friedrich Wilhelm von Borcke. Mit ihm nahm es ein noch ſchlimmeres Ende als mit ſeinem Vorgänger. Er ſollte ſich Bauernſchindereien und andere „pendable“ Sachen haben zuſchulden kommen laſſen und wurde in höchſter Ungnade entlaſſen, übrigens von Friedrich II. wieder in Dienſt genommen.

Jeder Rat hatte beſtimmte Städte und Ämter zu beaufſichtigen und gewiſſe Generaſachen zu bearbeiten, zu welch letzterem Zweck verſchiedene Dezerenate gebildet worden waren. Doch fand die Beſchluſſfaſſung im Plenum ſtatt.

Die Kriegs- und Domänenkammern waren zunächſt eine Finanzbehörde, es unterſtanden ihnen ſowohl die Domänen als auch das Steuerweſen. Um hohe Erträge zu erzielen, hatten ſie aber zugleich das höchſte Intereſſe daran, daß ſich die Steuerkraft ihres Bezirkes hob, und ſo entwickelte ſich zweitens die innere Verwaltung, die man damals Polizei nannte. Drittens nahmen die Kammern aber auch an der Rechtſprechung teil. Sie hatten ſie erhalten, um ſo entſchiedener die ihnen obliegenden Reformen durchführen zu können, und übten ſie im fiſkalischen Sinn.

### Juſtiz und lokale Verwaltung.

Dadurch gerieten ſie nur allzuleicht in Konflikt mit den eigentlichen Provinzialgerichten, den Regierungen, die ihrerſeits von früher noch einige Verwaltungsgeschäfte behalten hatten und über ihre vermeintlich vornehmere Stellung mit Eiferſucht wachten. Der Geiſt, der in dieſen Regierungen waltete, war nicht der des werdenden Großſtaates, ſondern der der verfloſſenen territorialen Periode.

Die Rechtſpflege war das Stieffind Friedrich Wilhelms I., für ſie ſchienen ihm die „dummen Teufel“ gut genug; die beſſeren Köpfe zog er zur Verwaltung. Auch die Leiſtungen der Regierungen ließen zu wünſchen übrig. 1729 wurde der in Minden von einem Kammerdirektor vorgeworfen, ſie werde nicht nachweiſen können, in 50 Jahren eine einzige Sache — es handelte ſich um Grenz- und Hoheitsſachen, die zwiſchen Kammer und Regierung ſtreitig waren — zu Ende gebracht zu haben.

Bei den Untergerichten trat 1722 eine Änderung ein, als die Generalpacht in den Ämtern eingeführt wurde. In Ravensberg gab es acht Generalpächter, die ſogenannten Beamten, je einen in den Ämtern Ravensberg, Blotho und Limberg, dagegen fünf im Amt Sparenberg, weil wegen deſſen Größe in jeder Vogtei einer angeſtellt wurde. Für die Rechtſpflege hielten ſie ſich Juſtitiarier. Rentmeiſter und Vögte wurden durch Einſetzung der Beamten überflüſſig gemacht, das Droſtenamt ſank zu einer bloßen Sinekure herab. Gerichtliche und polizeiliche Befugniſſe gingen mit der Aufſicht über die Domänen auf die Beamten über. Die Brüchten, von denen dieſe einen beſtimmten Prozentsatz bekamen, waren in den Pachtanſchlägen mit hohen Summen eingefeßt, und die Sporteln bildeten eine Haupteinnahme der Beamten. In dem ganzen Syſtem lag, wenn auch ein Departementsrat die Brüchtengerichte leitete, die Gefahr ſtarken Mißbrauches, und die Klagen über den Zuſtand der Untergerichte wollten kein Ende nehmen. Ja es kam zu offener Erhebung der Bauern gegen die Beamten. Erſt eine anonyme Beſchwerde und das dadurch herbeigeführte Eingreifen des Präſidenten v. Borcke, der ſpäter, wie wir oben ſahen, merkwürdigerweiſe gerade wegen Bauernſchinderei entlaſſen worden iſt, ſchuf einige Erleichterung.<sup>59)</sup>



Eine neue Behörde trat 1734 für Ravensberg mit den zwei Landräten in Tätigkeit, die die Mitterschaft aus ihrer Mitte präsentierte und denen je zwei Ämter in Militär-, Polizei- und Kontributionsachen unterstellt wurden. In Minden wurden in demselben Jahre die schon vorhandenen Landräte aus Vertretern der Stände in landesherrliche Bezirksbeamte umgewandelt, die allerdings zugleich die ständischen Interessen wahrnahmen.

In ganz anderer Weise vergegenwärtigte den Geist des absoluten Polizeistaates in der Stadt der Steuerrat oder *commissarius loci*: es gab einen in Minden für die Städte des Fürstentums und für Blotho, einen in Herford für die anderen ravenbergischen Städte. Diese Steuerräte hatten die Kontrolle über die ganze Stadtverwaltung, besonders über das Finanzwesen, und sie hatten dafür zu sorgen, daß Handel und Wandel in ihnen aufblühte. Das System der Bevormundung, das damals üblich und notwendig war, tritt vielleicht bei keinem anderen Beamten so in die Erscheinung wie bei ihnen.

### Reform des rathäuslichen Wesens, Einführung der Akzise.

Ehe aber die regelmäßige Tätigkeit des Steuerrates einsetzen konnte, mußte das städtische Wesen erst einmal von Grund aus reformiert werden.<sup>60)</sup> Nächste Veranlassung war hier wie sonst die starke Verschuldung der Städte, Grund die Mangelhaftigkeit des bisherigen Ratsregimentes. An Ansätzen zu dieser Reform hatte es schon unter Friedrich III. (I.) nicht gefehlt. Was Ravensberg anbelangt, so war 1692 bei der Neubefetzung des Postens eines Steuerdirektors diesem die Aufsicht über das Steuerwesen der Städte Bielefeld und Herford übertragen worden, während er bisher nur auf dem Lande etwas zu sagen gehabt hatte. Es war dies gewissermaßen der erste *commissarius loci* der Grafschaft. Aber mit dem Sturz Dankelmanns brach auch sein Reformsystem, von dem die Beaufsichtigung der Städte ein Stück gewesen, zusammen, die Stelle des *commissarius loci* wurde 1697 nicht wieder besetzt, und die Beaufsichtigung des städtischen Steuerwesens wurde wieder eine bloße Formsache. In Minden ward 1710 eine Untersuchung der städtischen Verwaltung eingeleitet und 1711 ein Stadtrecht erlassen.

Eine durchgreifende Reform brachte aber erst die Regierung Friedrich Wilhelms I.<sup>61)</sup> Im Westen, wo sie mit Einführung der hier noch unbekannten Kurfürstlichen Akzise verbunden war, kam zuerst Kleve-Mark daran. In Kleve war 1713 Hofrat Durham erschienen, ein Mann von großer Sachkenntnis und ungewöhnlicher Arbeitskraft. Er traf auf den heftigsten Widerstand der in ihren Interessen bedrohten städtischen Aristokratie, führte aber zunächst die Akzise in Kleve-Mark bis 1716 glücklich durch. In diesem Jahre ordnete der König die Fortsetzung in den anderen Provinzen des Westens an, aber erst 1718 wurde für bessere Einrichtung des rathäuslichen Wesens in den Städten der Grafschaft Ravensberg eine Kommission eingesetzt, zu der außer Durham der Geheimrat Arnold Heinrich v. Meinders, ein Neffe des obengenannten Franz v. Meinders, gehörte. Zuerst wurden Herford und Bielefeld vorgenommen, erst 1721 verweilte Durham persönlich in Minden. Die Maßnahmen sind überall sehr ähnlich. Die Zahl der Magistratsmitglieder und Gemeindevertreter wird eingeschränkt, jedem eine bestimmte Tätigkeit zugewiesen, ihr Gehalt normiert, Ausgaben für Zehrungen, Douceurgelder usw. fallen fort, Unpünktlichkeit oder Nichterscheinen der Magistratsmitglieder soll bestraft werden. Die Kontribution in Herford und Bielefeld, Siebelschaz, Handwerksgeld und einige andere Abgaben in Minden hören auf, dafür wird die staatliche Akzise eingeführt; von